

Grußwort des Vorsitzenden des LACDJ NRW

Dr. Christian Burr

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Senatorin,

sehr geehrte Frau Staatssekretärin,

sehr geehrter Herr Minister,

sehr geehrte Abgeordnete,

verehrte Mitglieder und Gäste des Landesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen in Nordrhein-Westfalen, kurz LACDJ, und des Landesfachausschusses Vielfalt und Integration der CDU NRW,

liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist mir eine große Freude, Sie heute hier begrüßen zu dürfen.

Und es ist eine kleine Premiere: Denn es handelt sich um eine erste gemeinsame Veranstaltung des LACDJ und des Landesfachausschusses Vielfalt und Integration der CDU NRW, dessen Vorsitzender, **Saadettin Tüzün**, seinerseits ein kurzes Grußwort an Sie richten wird.

Wir wollen uns eines Themas widmen, das uns in besonderer Weise gemeinsam am Herzen liegt:

der Integration von Gefangenen mit Migrationshintergrund.

Wir wollen uns mit den damit verbundenen Herausforderungen, aber auch Chancen auseinandersetzen, uns Maßnahmen und Konzepte der Länder Nordrhein-Westfalen und Berlin vor Augen führen und weitergehende Lösungsansätze erörtern.

Warum?

Nun, zunächst einmal sind Strafverfolgung und Integration viel zu bedeutsam, als dass man sie den Populisten überlassen dürfte. Populisten schüren Ängste und Vorurteile, präsentieren nur vermeintliche Lösungen und einfache Antworten, die niemals zielführend sind, aber leider oftmals verfangen. Das macht den Populismus so gefährlich.

„Abschieben, und zwar sofort!“, heißt es dann vielfach oder

- so etwa der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2001, ich zitiere ihn wörtlich -

„Wegsperrten, und zwar für immer!“.

Anrede,

ein derart pauschaler, geradezu unerbittlicher Ansatz und ja, eine derart bizarre Mischung aus Unkenntnis und Populismus – beides entspricht weder unserem christlichen Menschenbild, dem wir uns verpflichtet fühlen, noch dem Auftrag des Grundgesetzes, namentlich der unantastbaren Menschenwürde, die durch Populisten täglich angegriffen wird.

Gewiss: Die Gesellschaft hat einen Anspruch auf Sicherheit und damit auch auf den Schutz vor Straftaten und Straftätern.

Aber: Sicherheit und Menschenwürde sind keine Gegensätze. Der Staat ist beidem verpflichtet. Auch Sicherheit und Integration sind keine Gegensätze. Im Gegenteil, sie bedingen einander.

Und: Es stärkt die innere Sicherheit, wenn verurteilte Straftäter während der Verbüßung ihrer Strafe wieder an die Gesellschaft herangeführt werden.

Ganz in diesem Sinne werden Ziel und Aufgabe des Vollzuges im Strafvollzugsgesetz, und zwar gleich zu Beginn - in Paragraf 1 -, wie folgt definiert:

„Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient dem Ziel, Gefangene zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen. Der Vollzug der Freiheitsstrafe hat darüber hinaus die Aufgabe, die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen.“

Die Resozialisierung also ist ein Dienst am inhaftierten Menschen und der Gesellschaft.

Für die Integration von Gefangenen mit Migrationshintergrund gilt dies in besonderem Maße. Denn die Befähigung, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen, ist eng verknüpft mit einer gelungenen Integration. Misslingt die Integration dieser Personengruppe, ist auch ihre Resozialisierung gefährdet.

Der Justizvollzug steht damit vor vielfältigen und großen Herausforderungen. Schwierigkeiten ergeben sich insbesondere aus unterschiedlichen kulturellen Prägungen und sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten sowie aus der Bewältigung von daraus resultierenden Missverständnissen und Spannungen.

Dass es sich in jeder Hinsicht lohnt, diese Herausforderungen anzunehmen und die damit verbundenen Schwierigkeiten zu überwinden, sollte sich jedem verantwortlich denkenden und verantwortlich handelnden Menschen erschließen. Was aber können wir im Einzelnen dazu beitragen?

Darüber wollen wir sprechen mit

Frau **Dr. Felor Badenber**g, parteilos,

seit einem halben Jahr - fast auf den Tag genau - Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Berlin und zuvor Vizepräsidentin des Bundesamtes für Verfassungsschutz,

Frau **Gonca Türkeli-Dehnert**, CDU,

seit Beginn dieser Legislaturperiode Staatssekretärin im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen und zuvor Staatssekretärin für Integration,

und mit Herrn Minister der Justiz **Dr. Benjamin Limbach**, der unserem grünen Koalitionspartner angehört.

Verehrte Gäste dieses überparteilichen Podiums, ich heiße Sie nochmals herzlich willkommen.

Als Moderatorin der Podiumsdiskussion konnte Frau **Tijen Ataoğlu** gewonnen werden, Richterin am Landgericht, derzeit beurlaubt zur CDU-Landtagsfraktion und dort als Büroleiterin des Fraktionsvorsitzenden tätig.

Mit ihr ist verabredet, dass auch Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, in die Diskussion eingebunden werden. Umso mehr freue ich mich darüber, auch Vertreter der ersten Staatsgewalt und den Justizvollzugsbeauftragten des Landes, Herrn Professor Kubink, sowie zahlreiche weitere Gäste, die über gehörigen Sachverstand zu den genannten Themen verfügen, in unserer Mitte zu wissen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe nunmehr das Wort an den Vorsitzenden des Landesfachausschusses Vielfalt und Integration der CDU NRW, **Saadettin Tüzün**.